

Vorlage Nr. AfJFF 28/2023-1		
für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Überplanmäßige Stellen bis Rechtskraft Stellenplan

A Problem

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 08.12.2021 das Verfahren zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung im Amt für Jugend, Familie und Frauen beschlossen (Vorlage Nr. IV/46/2021-1) und in seiner Sitzung am 27.04.2022 beschlossen, die Firma con_sens mit der Durchführung zu beauftragen. Im Zeitraum vom 01.07.2022 bis 31.01.2023 wurde die Organisationsuntersuchung im Amt für Jugend, Familie und Frauen durchgeführt. Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen hat die Umsetzung der Ergebnisse der Untersuchung mit der Vorlage AfJFF 8/2023 zugestimmt. Die zu schaffenden 50,54 Stellen sollen im Stellenplan 2024/2025 hinterlegt werden. Von diesen Stellen wurden bereits 18 Stellen überplanmäßig beschlossen und sind mit Personal gebunden. Aufgrund des Fachkräftemangels wird davon ausgegangen, dass jährlich 6,5 Stellen zusätzlich besetzbar sind. Die 18 überplanmäßigen Stellen und die stufenweise Besetzung der restlichen Stellen hat der Personal und Organisationsausschuss am 17.04.2023 mit der Vorlage 29/2023 beschlossen.

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Personalamtes und der Mitbestimmung geschaffen.

Als sein Bestandteil, tritt ein neuer Stellenplan und damit die Schaffung der 50,354 Stellen, mit Genehmigung des Haushaltsplanes in Kraft. Es ist derzeit nicht absehbar, wann der Haushaltsplan 2024/2025 Rechtskraft entfaltet. In der Zeit vom 01.01.2024 bis zur Rechtskraft des Haushalts sind Neueinstellungen von Personal in allen Bereichen grundsätzlich nur zulässig im Rahmen freier Stellenkontingente auf der Grundlage des bisherigen Stellenplans oder eines Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses.

Die drohende Haushaltslose Zeit ab dem 01.01.2024 wird den begonnenen Umsetzungsprozess der Organisationsuntersuchung somit stark verzögern.

B Lösung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen beschließt für das Jahr 2024 einen überplanmäßigen unbefristeten Stellenbedarf von 13 Stellen in der Eingruppierung von TVöD VKA EG 3 bis EG 10/TVöD SuE S 18 gemäß des Beschlusses 08/2023 und bittet den Personal- und Organisationsausschuss um eine gleichlautende Beschlussfassung. Die Finanzierung der überplanmäßigen Stellen wird im Dezernatsbereich IV sichergestellt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Das erforderliche Personalkostenbudget zzgl. der Sachkostenpauschale nach KGST und der Gemeinkosten (20 % der Personalkosten) beträgt für 13 Stadtangestellte (TVöD VKA EG 3 bis EG 10/TVöD SuE S 18): ca. 557.000,00 Euro zzgl. 126.100,00 Euro Sachkosten und 111.400,00 Euro Gemeinkosten. Insgesamt ca. 794.500,00 Euro.

Genderrelevante Aspekte sind nicht betroffen. Anhaltspunkte für klimaschutzrelevante Auswirkungen bestehen nicht. Ausländische Mitbürger:innen sind nicht in besonderer Weise betroffen. Belange des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils ist nicht ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Das Dezernat IV gewährleistet die Einhaltung der Bestimmungen nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz.

G Beschlussvorschlag

Das erforderliche Personalkostenbudget zzgl. der Sachkostenpauschale nach KGST und der Gemeinkosten (20 % der Personalkosten) beträgt für 13 Stadtangestellte (TVöD VKA EG 3 bis EG 10/TVöD SuE S 18): ca. 557.000,00 Euro zzgl. 126.100,00 Euro Sachkosten und 111.400,00 Euro Gemeinkosten. Insgesamt ca. 794.500,00 Euro.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen beschließt für das Jahr 2024 einen überplanmäßigen unbefristeten Stellenbedarf von 13 Stellen in der Eingruppierung von TVöD VKA EG 3 bis EG 10/TVöD SuE S 18 gemäß des Beschlusses 08/2023 und bittet den Personal- und Organisationsausschuss um eine gleichlautende Beschlussfassung.

Frost
Stadtrat